Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 81 (1990)

Heft: 18

Artikel: Energiepolitik vor entscheidender Weichenstellung

Autor: Ogi, Adolf

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-903155

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Energiepolitik vor entscheidender Weichenstellung

Adolf Ogi

«Es braucht mehr als Worte, es braucht ein Machtwort des Volkes: Zwei starke Nein gegen die Atominitiativen und ein ebenso starkes Ja für den Energieartikel!»

In diesem Aufruf gipfelte die Festansprache von Bundesrat Adolf Ogi anlässlich der Generalversammlung des VSE am 24. August 1990 in Brig. Seine hier im Wortlaut wiedergegebenen Ausführungen machen diese Feststellung auf anschauliche und einprägsame Weise verständlich.

Adresse des Autors:
Bundesrat Adolf Ogi, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes (EVED), 3003 Bern

Nutzen der Kernenergie

Die Delegierten des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke vom Nutzen und Sinn der Kernenergie zu überzeugen, hiesse wahrlich «Eulen nach Athen» tragen. Oder Fendant ins Wallis bringen.

Denn Sie alle wissen, welche Bedeutung die Kernenergie hat für die Stromversorgung. Denn Sie alle wissen, welche Schwierigkeiten Sie bei der Elektrizitätsversorgung ohne Kernenergie hätten.

Und weil Sie das alles wissen, will ich Ihnen auch gar nicht mit Zahlen kommen. Diese kennen Sie ja besser als ich. Nur eine Zahl will ich Ihnen auftischen: Während ich hier spreche, werden in der Schweiz 4,6 Millionen Kilowattstunden Strom verbraucht. Das ist mehr als doppelt soviel, wie das Laufkraftwerk Kelchbach hier in Brig-Naters pro Jahr produziert. Das sind 0,13 Millionen Kilowattstunden mehr, als wenn ich vor einem Jahr hier gesprochen hätte.

«Heute erhält derjenige Preise und Lorbeeren, der sich gegen etwas einsetzt und nicht für etwas.»

Meine Damen und Herren vom VSE, Sie haben eine klare, aber zunehmend schwieriger werdende Aufgabe: Sie müssen dafür sorgen, dass die Haushalte, die Fabriken, die Geschäfte in Ihrem Gebiet ständig mit Strom versorgt sind – mit einem Gut also, das man nicht lagern kann; mit einem Gut, das Sie jederzeit bereithalten und ständig wieder neu produzieren müssen. Mit einem Gut aber auch, das längst nicht mehr ein Konsumartikel, sondern ein Politikum geworden ist. Das ist Ihre schwierige Pflicht und Schuldigkeit.

Damit können Sie sich kein Denkmal verdienen. Denn heute erhält derjenige Preise und Lorbeeren, der sich gegen etwas einsetzt und nicht für etwas.

Dabei müssen Sie in einem politisch-psychologisch heiklen Umfeld agieren. Das zeigt gerade auch der Kampf um die Energieabstimmungen vom 23. September.

Sachliche Aufklärung

In diesem Bereich Angst zu schüren, ist leicht. Denn die Kernenergie ist nichts Fassbares wie Wasser, wie Wind, wie Holz, wie Öl.

Um so wichtiger ist es, dass Sie in Ihrem Gebiet aufklären. Dass Sie informieren – sachlich, neutral, überlegen. Ihre Strombenützer werden die politischen Zusammenhänge dann selbst sehen.

Aber wichtig ist die sachliche Diskussion. Und zwar darüber, ob wir Kernenergie brauchen in unserer Gesellschaft. Ob wir diese Kernkraft sicher, aber auch umweltgerecht produzieren können. Und ob überhaupt taugliche Alternativen vorhanden sind. Das sind die zentralen Fragen bei der Abstimmung über die Atominitiativen. Fragen, die mit mehr Objektivität diskutiert werden müssen.

Wir müssen aus den Schützengräben eines energiepolitischen Glaubenskrieges aussteigen. Denn mit Polemiken hüben wie drüben haben wir nicht eine einzige Kilowattstunde produziert oder gespart.

Es geht heute ums Produzieren und ums Sparen. Um die Frage also: Wie stellen wir die Weichen, dass auch unsere Kinder und Grosskinder genügend Energie haben? Und zwar auf sichere Weise, auf umweltgerechte Weise, auf rationelle Weise. Und auch so, dass sie nicht völlig vom Ausland abhängig sind. Dass wir die Weichen aber nun stellen müssen, ist klar. Und zwar am 23. September.

Das haben auch Ihr Präsident und Ihr Verband festgestellt – mit den Parolen 2 × Nein zu den Atominitiativen und 1 × Ja zum Energieartikel. Damit wären wir ja gleicher Meinung. Ich könnte also heute mein Werk als erfüllt betrachten, mein Referat beenden und zum gemütlichen Teil übergehen. Aber das will ich nicht tun. Denn wir müssen von Brig aus jetzt mobilisieren. Und sagen, um was es geht.

Deshalb möchte ich vier Thesen aufstellen:

Vier Thesen zur Energiepolitik

1. These: Sicherheit

Gerade weil gewisse KKW im Osten weniger sicher sind, dürfen wir aus unseren Kernkraftwerken nicht aussteigen. Tschernobyl ist demnach ein Argument für unsere KKW und nicht gegen diese.

2. These: Umwelt

Gerade weil CO_2 und Ozon Probleme sind, dürfen wir nicht jetzt beschliessen, aus der Kernenergie auszusteigen und uns so die Hände zu binden.

3. These: Europa

Gerade weil Europa im Umbruch steht, müssen wir unsere eigenen Energiequellen behalten und ausbauen.

4. These: Energiesparen

Gerade weil wir die KKW und damit die Option Kernenergie behalten wollen, müssen wir noch mehr sparen und noch mehr forschen. Dafür brauchen wir den Energieartikel.

Ein Postulat steht hinter all diesen Thesen: Das Postulat nach grösstmöglicher Flexibilität. Die Notwendigkeit, den Handlungsspielraum in der schweizerischen Energiepolitik zu bewahren und nicht noch mehr in Abhängigkeit zu geraten. Litauen sei uns eine Warnung! Der Golfkonflikt ist eine weite, noch alarmierendere.

Zu diesen einzelnen Thesen nur kurz folgendes:

Sicherheit

Es wird nun landauf, landab von den Kernenergiegegnern das Beispiel Tschernobyl angesprochen. Ein schlimmes Beispiel, fürwahr!

Nur zeigt der Unfall von Tschernobyl mit all seinen tragischen Konsequenzen eben, dass Kernkraftwerke dort betrieben werden sollten, wo die Sicherheit bis aufs letzte Komma und bis auf die letzte Hilfskraft angestrebt und kontrolliert wird. Dort, wo man es ernst nimmt mit der Sicherheit und der Ausbildung des Personals. Und das ist in der Schweiz der Fall – weniger in den Ländern Osteuropas.

«Tschernobyl ist ein Argument für unsere Kernkraftwerke und nicht gegen diese.»

Also wieso hier in der Schweiz aus der Kernenergie aussteigen? Während andere wieder einsteigen. Während weniger sichere Werke in Osteuropa immer noch laufen. Also besser hier KKW haben als anderswo! Radioaktivität kennt keine Grenzen.

Tschernobyl muss für uns alle ein Mahnmal sein. Ein Mahnmal, dass die Sicherheit über alles gehen muss in der Kernenergie, auch über wirtschaftliche Betrachtungen.

Sobald das Geringste vorliegt, muss abgestellt werden. Mehrfachsicherungen müssen eine Selbstverständlichkeit sein. Ebenso die peinlich genaue Kontrolle und Ausbildung des Personals von KKW.

Meine Damen und Herren, als Mann der Berge weiss ich, was Sicherheit heisst! Wer am Gipfelgrat bei einer Bergtour, wer bei Lawinenverbauungen und wer bei Talsperren nicht die Sicherheit zu alleroberst setzt, büsst das unter Umständen mit dem Leben.

Daher habe ich gerade den Fragen der Sicherheit unserer KKW besonderes Augenmerk gegeben. Immer wieder diskutierte ich mit den Sicherheitsspezialisten meines Departementes über diese Fragen. Aufgrund dieser Diskussionen muss ich sagen: Ich habe Vertrauen in diese Leute. Das Menschenmögliche wird gemacht zur Sicherheit aller unserer KKW in der Schweiz. Und indirekt müssen das auch die Initianten zugeben. Denn sonst, wenn wirklich Gefahr drohen würde, würden sie den Ausstieg sofort verlangen, und nicht erst für die Jahre 2020/2030.

Umwelt

Es wäre ein weiteres Mal «Eulen nach Athen getragen», wenn ich hier über die aktuellen Umweltprobleme sprechen würde.

Sie kennen sie: Stichworte Luftbelastung, Ozon, Treibhauseffekt.

Da leuchtet es doch einfach nicht ein, dass man ausgerechnet aus derjenigen Energietechnologie aussteigen will, die direkt weder CO_2, noch Ozon, noch andere Luftschadstoffe produziert.

Denn was passiert, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen?

Man baut wieder Kohlekraftwerke, so geschehen in Österreich. Oder man steigt wieder auf Öl, allenfalls wie in Belgien auf Gas um. Alles fossile Energieträger, die das Klima belasten und unter anderem CO_2 produzieren. Ich gebe Ihnen dazu eine Zahl: Würden wir alle KKW in der Welt mit kohle- oder ölbefeuerten Kraftwerken ersetzen, so hätten wir 9% mehr CO_2-Emissionen.

«Ich habe Vertrauen: Das Menschenmögliche wird gemacht zur Sicherheit aller unserer Kernkraftwerke in der Schweiz.»

Wollen wir Schweizer wirklich ein solches Zeichen setzen?

Ein Ausstieg aus der Kernenergie führt unweigerlich zum Umstieg mit entsprechend negativen Auswirkungen für unsere Umwelt.

Natürlich kann die Kernenergie nie das CO_2-Problem lösen. Aber ein Verzicht auf die Kernenergie wird dieses Problem noch verschärfen.

Europa

Europa ist im Umbruch. Osteuropa steht vor einem gigantischen Aufbau – wirtschaftlich und kulturell. Das braucht Energie, viel Energie.

Ist es nun richtig, wenn wir Schweizer gerade in diesem Moment 40% we-

niger Strom produzieren wollen – in einer Solo-Nummer quasi?

Mit der Konsequenz, dass nicht nur diese osteuropäischen Länder, sondern auch die Schweiz zuwenig Strom hätte!

Bereits heute werden wir zunehmend zum Stromimporteur. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mussten wir 11,3 Milliarden Kilowattstunden importieren. Das sind 1% mehr als letztes Jahr. Allein im Januar hatten wir Stromimporte von der Grösse der Kapazität des KKW Gösgen.

«Es leuchtet doch einfach nicht ein, dass man ausgerechnet aus derjenigen Energietechnologie aussteigen will, die weder CO_2 noch Ozon noch andere Luftschadstoffe produziert.»

Ausstieg und Moratorium wären somit nicht nur ein energiepolitischer, sondern auch ein europapolitischer Fehltritt erster Güte.

Es wäre ein Sprung aus dem fünften Stock eines Hauses, ohne zu wissen, ob unten die Feuerwehr mit dem Sprungtuch wartet. Ein Sprung ins Ungewisse also.

Kernkraft Ja – aber Sparen auch Ja!

Meine Damen und Herren, man kann nun natürlich nicht Ja zur Kernenergie sagen, um weiterhin munter Energie zu verschwenden.

Das Ja des Bundesrates zur Kernenergie ist daher eine Verpflichtung, noch intensiver zu forschen. Eine Verpflichtung, noch rationeller die Energie zu verwenden.

Nur wenn wir den Verbrauch reduzieren, gewinnen wir Handlungsspielraum in der Energiepolitik.

Wer krampfhaft überall neue Energielieferanten suchen muss, verliert jede Unabhängigkeit, verliert jede energiepolitische Flexibilität.

Um Handlungsfähigkeit zu erlangen, brauchen wir zweierlei: die Option Kernenergie, aber auch einen Energieartikel. Das eine bedingt das andere.

Denn sowohl bei der Produktion wie beim Verbrauch müssen wir ansetzen. Daher rufe ich Sie ein weiteres Mal auf: Helfen Sie mit, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem Energieartikel, und dann mit dem Energiegesetz.

Was bringt der Energieartikel?

Er soll die energiepolitischen Ziele auf Verfassungsebene verankern. Bund und Kanton sollen künftig gemeinsam die Verantwortung tragen in der Energiepolitik. Mit klarer Aufgabenteilung.

Gestützt auf den Energieartikel kann der Bund Grundsätze für die Nutzung einheimischer und erneuerbarer Energien erlassen. Er kann beispielsweise dafür sorgen, dass die Kantone für die Nutzung neuer Energien günstige Rahmenbedingungen schaffen. Zum Beispiel für Sonnenenergie, Geothermie, Umgebungswärme oder Windenergie.

Der Bund ist aber nur dort aktiv, wo der Kanton überfordert wäre: Bei den Prüfverfahren von Apparaten oder bei der Forschung zum Beispiel. Oder auch beim Erlass von Vorschriften über das Energiesparen.

Mehr Glaubwürdigkeit durch Sparmassnahmen

Dies ist für eine glaubwürdige Energiepolitik unerlässlich.

Wir können nicht einerseits auf den Bau neuer Kernkraftwerke verzichten – ich erinnere Sie an Kaiseraugst – und anderseits immer mehr Strom konsumieren.

Wenn wir schon keine neuen Kraftwerke wollen, dann müssen wir die Energie besser nutzen. Und zwar bei allen Energieträgern!

Genau das wollen wir mit dem Energieartikel. Ziel ist ein sparsamer und rationeller Energieverbrauch.

Kein neuer Lebensstil, sondern rationellerer Energieverbrauch

Niemand verlangt plötzlich eine spartanische Lebensführung. Kein Verzicht auf das farbige Fernsehvergnügen eines spannenden WM-Fussballmatches.

Unser Lebensstandard ist auch mit weniger Energie möglich, zum Beispiel mit besserer Technik, aber auch mit etwas mehr Köpfchen und etwas weniger Gedankenlosigkeit unsererseits – BRAVO* lässt grüssen.

Was ist unter Vorschriften über den sparsamen Energieverbrauch zu verstehen? Da sind beispielsweise Mindestanforderungen an die Kantone möglich, damit energiebewusst gebaut und geheizt wird.

Angestrebt werden unter anderem auch bessere und sparsamere Heiz- und Warmwasseranlagen. Zudem soll in der ganzen Schweiz die verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung eingeführt werden. Gerade hier liegt ein grosses Energiepotential, nämlich 15 bis 20%.

Aber auch Vorschriften über den Energieverbauch von Anlagen, Fahrzeugen und Geräten sind möglich. Damit soll der sparsame und rationelle Energieverbrauch bei serienmässig hergestellten Produkten erreicht werden.

Vorgesehen ist zuerst, dass auf der Ware der Energieverbrauch einheitlich und klar angegeben wird. Der Konsument muss wissen, wieviel Energie ein Gerät verbraucht, um vergleichen und energiebewusst einkaufen zu können. Er muss wissen, ob er einen «Energiefresser» kauft oder nicht.

«Ausstieg und Moratorium wären nicht nur ein energiepolitischer, sondern auch ein europapolitischer Fehltritt erster Güte.»

Mehr Energieforschung

Mit dem Energieartikel sollen aber auch die Möglichkeiten im Bereich der Energieforschung erweitert werden. Damit der Bund mehr als nur die Grundlagenforschung finanziell unterstützen kann. Damit er auch zum Beispiel Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie die Produkteentwicklung mitfinanzieren kann.

Bisher waren uns in diesem Bereich häufig die Hände gebunden. Nun soll die Schweiz also auch in der Energieforschung aus dem grossen Feld der «Namenlosen» in die medaillenträchtige Spitzengruppe vorfahren.

Energieartikel, ein guter Kompromiss . . .

Der vorliegende Energieartikel ist ein Kompromiss, im guten Sinne des Wortes.

Aber: Ein solcher Energieartikel hat keine Lobby, die sich vehement für ihn einsetzt. Es gibt leider immer noch Propheten, die einem falschen Glauben anhängen und meinen, die Energieproblematik regle sich von selbst. Das ist mit Sicherheit falsch.

... der die volle Unterstützung verdient

Ich rufe Sie daher auf, den Energieartikel zu unterstützen, mit Taten und mit Worten.

Der Energieartikel verdient ein Ja. Aber er verdient auch Ihren Einsatz!

Denn, wenn nichts geschieht, wenn nichts unternommen wird, wenn wir ohne Rechtsgrundlage weitermachen, so verliert die Energiepolitik an Glaubwürdigkeit. Und das kann nicht im Sinne Ihrer Branche sein.

Energiepolitik ist Gesellschaftspolitik

Unsere Gesellschaft lebt von der Energie - in der Arbeit, in der Freizeit, im Kulturellen und im Sozialen. Wer die Energiepolitik radikal ändert, ändert somit unsere Gesellschaftspolitik.

Es geht also um mehr als nur um Kilowattstunden und um Solarzellen. Es geht darum, dass wir weiterhin unsere technischen Möglichkeiten und unser technologisches Know-how ausnützen wollen und können, dass wir uns also nicht mit einem Ausstieg oder Moratorium selbst knebeln, dass wir nicht ein Gut künstlich verknappen, das wir alle dringend brauchen. Und dass wir uns somit weder unter ein Regime des Zwangssparens, noch unter eine gefährliche Auslandabhängigkeit begeben.

Die Ereignisse am Golf sind eine Warnung zur rechten Zeit. Sie zeigen, wie wehrlos eine Welt werden kann, wenn sie vom Öl abhängig ist. Aber auch die Abhängigkeit vom Importstrom kann fatal sein, wie das Beispiel Litauen drastisch gezeigt hat.

«Um Handlungsfähigkeit zu erlangen, brauchen wir zweierlei: die Option Kernenergie und einen Energieartikel.»

Wir müssen handeln - deshalb der Energieartikel und dann das Energiegesetz. Deshalb schaden die Propheten des Laisser-faire, die gar keine staatlichen Rahmenbedingungen wollen, der Sache ebensosehr wie die Initianten, die aussteigen wollen oder die ein unseliges Moratorium in die Verfassung setzen wollen. Ein Moratorium, das per Hintertür den Ausstieg aus der Kernenergie bringen würde. Denn wenn wir dieses Moratorium mal in der Verfassung haben, bringen wir es kaum mehr raus: Der Ruf nach Verlängerung des Moratoriums wäre so sicher wie das Amen in der Kirche. Ganz nach dem Motto: «C'est le moratoire qui dure.»

Stellen wir also die Weichen gegen diese Moratoriumsmentalität, gegen den Ausstieg aus der Kernenergie und den Einstieg in Illusionen, aber für eine aktive Energiepolitik, mit mehr Sparen und Forschen in einem Umfeld, das uns die Marschbereitschaft nach allen Seiten offen lässt.

Wie weiter?

Zum Schluss möchte ich noch vom Sonntagabend sprechen - dem Abend nach der Abstimmung vom 23. September. Seien wir optimistisch und nehmen wir an, Ausstieg und Moratorium würden verworfen. Was dann?

Sicher werde ich dann nicht einfach einen neuen KKW-Standort aus dem Hut ziehen wie der Zauberer seine Kaninchen. Aber es wird der klare Auftrag des Volkes sein, die Option Kernenergie weiterzubearbeiten.

Aber realistisch betrachtet wird vor dem Jahr 2000 diese Option nicht einlösbar sein. Mit dem Strom wird es langfristig gesehen sicher knapp. Man wird alle Möglichkeiten prüfen, und hoffentlich einen klaren Kurs in der Energiepolitik steuern können. Man wird sich mit den neuesten und modernsten Nukleartechnologien auseinandersetzen - und auf inhärent sichere Werke hinarbeiten. Noch mehr Sicherheit, noch mehr Effizienz werden die Wegweiser sein auf der Suche nach genügender Energie. Ist doch die Energie das Blut der Wirtschaft!

Ich mache mir Sorgen: Denn wenn wir so weitermachen - Moratorium bei der Produktion, kein Moratorium beim Konsum - werden wir bald Versorgungsengpässe haben und nach dem Jahr 2000 auf einen Stromkollaps zusteuern.

Entwicklungen wie
- grössere Restwassermengen
- Landschaftsrappen
- Verhinderung von neuen Starkstromleitungen
- Verhinderung von Anlagen, die den Sommerstrom besser nutzen
- Verhinderung von neuen Produktionsanlagen generell

lähmen uns, kaufen denjenigen, die noch etwas unternehmen möchten, den Mut ab - und somit sind die Schwierigkeiten vorprogrammiert.

Kurz: Verhinderungsmentalität und Rechtsmittelstaat blockieren jeglichen Fortschritt. Und damit die sichere Energieversorgung nach dem Jahre 2000.

Sicher, der Ausweg läge im unbeschränkten Stromimport. Aber damit ist auch nichts!

Denn die Einfuhren könnten in Zukunft sowohl an den Kapazitäten der Starkstromleitungen wie an den reduzierten Produktions- und Exportmöglichkeiten einiger Stromlieferanten scheitern. Neue Starkstromleitungen stossen ja auch auf zunehmenden Widerstand. Zehn Jahre dauert es, bis eine neue Starkstromleitung steht!

«Ich mache mir Sorgen: Wenn wir so weitermachen – Moratorium bei der Produktion, kein Moratorium beim Konsum –, werden wir bald Versorgungsengpässe haben.»

Und denken Sie daran, dass das neue Europa überdurchschnittlich mehr Energie brauchen wird als bisher. Zwar liefert uns Frankreich ständig neu Strom. Aber das könnte sich leicht ändern! Die Entwicklung gerade in Osteuropa könnte dazu führen, dass Frankreich seine Exporte vermehrt nach Osten lenken wird statt in die Schweiz. Was das Aus für neue Stromimportverträge mit Frankreich und damit das Aus für unsere sichere Stromversorgung bedeuten könnte.

Meine Damen und Herren, ich weiss nicht, ob man sich der ernsten Lage bewusst ist. Oder ob man einfach meint, der Strom komme aus der Steckdose - zu allen Zeiten und für alle Zeiten.

Deshalb braucht es nun mehr als Worte: Es braucht ein Machtwort des Volkes: Zwei starke Nein gegen die Atominitiativen und ein ebenso starkes Ja für den Energieartikel!